

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden
□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 6 Mark

Nr. 47.

Charlottenburg, Freitag, den 25. November 1921.

48. Jahrg.

Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1920.

Nach der im Jahre 1919 stattgefundenen stürmischen Aufwärtsbewegung der freien Gewerkschaften ist die Mitgliederbewegung 1920 in ruhigeren Bahnen verlaufen. Das Jahr stand mehr im Zeichen der Befestigung des gewonnenen Besitzstandes. Die Aufwärtsbewegung war jedoch mit Ende des Jahres 1919 noch nicht völlig zum Abschluß gekommen, sie erreichte erst am Schlusse des 1. Halbjahres 1920 ihren Höhepunkt, um dann einer geringen Abnahme zu weichen, die zu einem Beharrungszustand bis Ende des Jahres überleitete.

Ueber die Mitgliederbewegung bei den im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund vereinigten Zentralverbänden und ihren Einnahmen und Ausgaben im Jahre 1920 unterrichtet ein reichhaltiges Tabellenwerk, das der Nr. 43 des Korrespondenzblattes vom 22. Oktober 1921 beigegeben ist.

Es gehörten dem ADGB 52 Zentralverbände an, von denen 49 an der Statistik beteiligt sind. Die Verbände der Artisten, Hotelangestellten und Köche sandten keinen Bericht ein. Ihr Ausfall macht der Statistik keinen Abbruch, da sie erst 1919 bzw. 1920 dem Bund beigetreten waren und zurzeit diesem auch nicht mehr angehören. Die Artisten gingen zum Ma-Bund über, die Köche schlossen sich dem Verband der Gastwirtsgehilfen an, der sich jetzt als „Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten“ bezeichnet, und der Verband der Hotelangestellten schied aus dem Bund aus. Die im ADGB vereinigten Zentralverbände hatten zusammen 27 271 Zweigvereine. Die Mitgliederzahl, die am Schlusse des Vorjahres 7 337 477 betrug, stieg bis zum 2. Quartal 1920 auf die Höchstziffer von 8 144 981, sie ging dann bis zum 3. Quartal auf 8 025 785 zurück und schloß mit 8 025 682 Mitgliedern am Ende des Jahres ab. Gegenüber dem Vorjahre ist eine Vermehrung von 688 205 Mitgliedern = 9,4 Proz. und 3409 Zweigvereinen zu verzeichnen.

Im Jahresdurchschnitt zählte der ADGB im Jahre 1920: 7 890 102 Mitglieder, darunter 6 179 341 männliche und 1 710 781 weibliche. Gegen das Vorjahr trat eine Vermehrung des Bestandes um 2 411 029 Mitglieder = 44,0 v. H. ein. Es stieg die Zahl der männlichen Mitglieder um 1 893 035 = 44,2 v. H. und die der weiblichen um 517 994 = 43,4 v. H.

Von den freigewerkschaftlichen Zentralverbänden steht nach der Mitgliederstärke der Metallarbeiterverband mit 1 647 916 Mitgliedern an erster Stelle. Ueber 100 000 Mitglieder haben dann noch folgende Verbände: Landarbeiter 695 695, Fabrikarbeiter 643 800, Transportarbeiter 568 080, Textilarbeiter 491 480, Bauarbeiter 470 749, Bergarbeiter 450 320, Eisenbahner 428 174, Holzarbeiter 379 381, Angestellte 376 400, Gemeindearbeiter 288 274, Bekleidungsarbeiter 143 590. Von den übrigen Verbänden hatten 12 über 50 000 bis 100 000 und 25 unter 50 000 Mitglieder. Bei 9 Verbänden überwiegt die Zahl der weiblichen die der männlichen Mitglieder.

Die starke Geldentwertung hat auch bei den Gewerkschaften zu einer beträchtlichen Steigerung der Summen der Beitragsleistung und der Unterstützungssätze geführt. Dementprechend sind denn auch die Einnahme- und Ausgabeposten nach ihrem Nennwert zu gewaltigen Zahlen angewachsen, die einen Vergleich mit den Kassenumfängen in den früheren Jahren nicht mehr zulassen. So erheblich aber auch die Summen sind, die uns die Statistik für 1920 vor Augen führt, so können sie doch nicht nach ihrem realen Wert als ein Ausgleich der Geldentwertung angesehen werden. Unzweifelhaft steht die

finanzielle Leistungsfähigkeit der Gewerkschaften zurzeit hinter der in der Vorkriegszeit eingenommenen Höhe noch zurück. Es besteht aber wohl kein Zweifel darüber, daß die Gewerkschaften den früheren Stand der Leistungsfähigkeit bald wieder erreichen werden.

Es hatten die Verbände im Jahre 1920 eine Gesamteinnahme von 747 114 430 M., der eine Ausgabe von 543 814 615 M. gegenübersteht. Die Einnahme hat sich gegenüber der im Jahre 1913 erreichten Höhe verneunfacht, jedoch ist auch die Mitgliederzahl um das Dreifache gestiegen. Es kamen von den Gesamteinnahmen im Durchschnitt auf jedes Mitglied 1913: 31,93 M., 1920 dagegen 94,69 M.

Die Gesamteinnahme des Jahres 1920 setzt sich aus folgenden Posten zusammen: Eintrittsgelder 1 465 676, Verbandsbeiträge 529 632 364, örtliche Beiträge 144 511 288, Extrabeiträge 29 336 804, Zinsen 4 512 798 und sonstige Einnahmen 36 655 509 M.

Berausgabt wurden für Unterstützungen 104 990 212, Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen 108 549 907, Bildungszwecke und Verbandsorgane 58 435 918, Agitation, Konferenzen, Ortsausschüsse, Sekretariate usw. 89 140 637 und für Verwaltung 182 697 941 M. Die Ausgabe für Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen betrug im Vorjahre 45 300 049 M. Die erhebliche Steigerung dieses Postens beweist die zunehmende Intensität der wirtschaftlichen Kämpfe; die Bestrebungen der Arbeiterschaft, Lohnverbesserungen zu erreichen, stoßen auf den zunehmenden Widerstand der Unternehmer. Auch die Ausgaben für Unterstützungen sind erheblich, und zwar um 60 047 419 M. gewachsen. Sie haben sich trotzdem immer noch in erträglichen Grenzen gehalten, was darauf zurückzuführen ist, daß der größte Teil der neuen Mitglieder, die im Laufe des Jahres 1919 den Verbänden zufließen, 1920 noch nicht im vollen Umfange die Unterstützungs-berechtigung erworben hatten. Je älter wieder der neugewonnene Mitgliederstand wird, um so mehr werden auch die Unterstützungsausgaben steigen, deren Höhe natürlich auch abhängig ist von der Lage der wirtschaftlichen Verhältnisse.

Die Nachweisung über den Vermögensbestand der im ADGB vereinigten Verbände ist leider nicht vollständig. Er wird in der Zusammenstellung mit 268 469 522 M. ausgewiesen. Es fehlt in dieser Summe der Kassenbestand des großen Metallarbeiterverbandes, der seit 1915 darüber keine Angaben macht. Auch der Verband der Landarbeiter hat seinen Vermögensbestand für 1920 nicht angegeben.

Verbandsorgane geben alle Verbände heraus, 17 außerdem noch Nebenorgane. Das Organ der Buchdrucker erscheint wöchentlich dreimal. 32 Zeitungen werden wöchentlich und 11 vierzehntäglich herausgegeben. 5 Zeitungen erscheinen als Monatsorgane, davon eine dreimal, 3 zweimal und eine einmal im Monat. Die Gesamtauflage aller Organe betrug am Schlusse des Jahres 8 494 960.

Ueber die sonstigen Gewerkschaftsgruppen liegen nur von den Hirsch-Dunderschen Gewerkvereinen und den christlichen Gewerkschaften Angaben vor.

Die Hirsch-Dunderschen Gewerkvereine umfaßten am Schlusse des Jahres 1920 insgesamt 17 Organisationen mit 225 998 Mitgliedern, darunter 22 365 weiblichen.

Angaben über die Klassenverhältnisse machten 15 Organisationen, und zwar werden nachgewiesen an Gesamteinnahmen 12 510 281 M., wovon 10 464 732 Mark durch Beiträge aufgebracht wurden. Die Ausgaben betrugen 9 520 334 M.

Das Vermögen der Gewerksvereine wird mit 5 338 528 M. angegeben.

Den christlichen Gewerkschaften waren 1920 angeschlossen 25 Organisationen mit 10 066 Ortsgruppen. Die Zahl der Mitglieder betrug am Schlusse des Jahres 1920 insgesamt 1 105 894, im Jahresdurchschnitt 1 076 792, davon 214 550 weibliche Mitglieder.

Die Gesamteinnahme betrug im Jahre 1920: 84 815 200 Mark. Davon entfallen auf Beiträge 80 776 581 M. Die Ausgaben betrugen insgesamt 63 413 688 M. Der Vermögensbestand erhöhte sich auf 42 413 950 M., davon besaßen sich 36 043 757 M. in den Hauptkassen.

Die Zusammenfassung der statistischen Ergebnisse der drei Organisationsgruppen: der freien Gewerkschaften, der Gewerksvereine und der christlichen Gewerkschaften ergibt über den Stand der deutschen Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1920 folgendes Bild: Es waren in diesen drei Organisationsgruppen zusammen 9 192 892 Mitglieder vereinigt gegen 6 527 187 im Vorjahre und 2 171 697 im Jahre 1918. Gegenüber dem Jahre 1919 ist eine Vermehrung um 2 665 705 Mitglieder = 40,8 v. H. eingetreten. Es stieg die Zahl der männlichen Mitglieder um 2 088 906 und die der weiblichen um 576 799. Es vermehrten sich die freien Gewerkschaften um 44,0, die Pirich-Dunderschen Gewerksvereine um 19,1 und die christlichen Gewerkschaften um 25,5 v. H.

Der erheblich stärkere Zuwachs der freien Gewerkschaften kommt auch in dem weitaus stärkeren Anteil, den sie an der Gesamtzahl der Mitglieder haben, zum Ausdruck. Von je 100 Mitgliedern kamen auf die freien Gewerkschaften 85,8, auf die Gewerksvereine 2,5 und auf die christlichen Gewerkschaften 11,7. Dagegen 1919 in der gleichen Reihenfolge: 83,9, 2,9 und 13,2; und 1918: 76,7, 5,2 und 18,1.

Es betrug 1920 die Gesamteinnahme aller drei Richtungen 84 439 920 M., die Ausgabe 616 748 637 M. und der Vermögensbestand 316 222 000 M. Von je 100 M. der Gesamteinnahme und -ausgabe kommen auf die einzelnen Gruppen:

	Einnahme M.	Ausgabe M.
Freie Gewerkschaften . .	88,47	88,17
Deutsche Gewerksvereine .	1,48	1,54
Christliche Gewerkschaften	10,05	10,29

Pro Mitglied betrug der Durchschnittsanteil der Einnahme und der Ausgabe

	Einnahme M.	Ausgabe M.
bei den freien Gewerkschaften . .	94,89	68,92
bei den deutschen Gewerksvereinen	55,86	42,13
bei den christlichen Gewerkschaften	78,78	58,89

Es verausgabten für:

	Jahresliche Unter- stützungen		Reise- u. Arbeits- losumunterstützung		Gemeinnützige u. Streikunterstütz.	
	insgesamt	p. R.	insgesamt	p. R.	insgesamt	p. R.
	M.	M.	M.	M.	M.	M.
Freie Gewerksch.	101 867 317	12,91	58 888 174	8,08	111 872 803	14,15
Deutsch. Gew.-vereine	914 143	4,04	824 091	3,75	1 775 928	7,94
Christl. Gewerksch.	85 402 210	3,21	1 966 857	2,16	6 808 805	4,32

Die vorstehende Zusammenstellung der wichtigsten Angaben aus der Statistik beweist die starke Ueberlegenheit der freien Gewerkschaften über die anderen Organisationsgruppen. Jeden, dem der Befreiungskampf des Proletariats aus dem kapitalistischen Joch am Herzen liegt, wird es mit großer Freude erfüllen, daß die freien Gewerkschaften trotz der inneren politischen Kämpfe der Arbeiterchaft ihre Geschlossenheit bewahrt haben. Die Zeiten, in denen man um die Einheit der Kampforganisationen des werktätigen Volkes bangen konnte, sind vorbei. Zusammen mit den im Afa-Bund vereinigten Verbänden der Angestellten ist der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund der berufenste Vertreter der Interessen der Arbeitnehmer. Die freigewerkschaftlichen Vereinigungen der Kopf- und Handarbeiter sind vermöge ihrer ökonomischen Machtposition die vornehmsten Träger zur Verwirklichung der sozialistischen Wirtschaft geworden.

Kann die Schlichtungsordnung

erfüllt werden?

Von einem Praktiker des Einigungs- und Schlichtungswesens wird uns berichtet:

Die Kritik, die bisher in der sozialistischen und gewerkschaftlichen Presse an dem Gesetzesentwurf über die Schlichtungsordnung geübt worden ist, hat sich in der Hauptsache auf die Wirkungen erstreckt, die dem beabsichtigten Gesetz auf die gewerkschaftliche Tätigkeit zuzuschreiben sind. Mit der im Entwurf vorgesehenen Technik des Schlichtungswesens hat sich die Öffentlichkeit bis jetzt weniger befaßt. Und doch ist gerade dieser Teil

der ganzen Schlichtungsordnung von ausschlaggebender Bedeutung. Von der Konstruktion des Schlichtungsapparates hängt es ab, ob der erstrebte Zweck erreicht wird oder nicht. Ist sie zwar in den besten Absichten, aber doch fehlerhaft aufgebaut, so kann nie und nimmer ein fruchtbarer Betrieb möglich sein. Schließlich ist es auch nicht ganz gleich, mit welchem Aufwand die Ergebnisse erzielt werden. Wenn man von diesen Gesichtspunkten aus an eine Kritik des Entwurfes herangeht, so muß man zunächst feststellen, daß er offenbar stärker von formaljuristischen Ueberlegungen beeinflusst ist, als es der Sache und allen bisherigen Erfahrungen entspricht. Der Aufbau der Schlichtungsbehörden ist z. B. nach dem Instanzenzug der Gerichtsverfassung vorgeesehen: Die erste Instanz ist das Einigungsamt, das für jeden Kreis zu errichten ist (oder für mehrere Kreise gemeinsam), die zweite das Landeseinigungsamt und die dritte und letzte das Reichseinigungsamt. Die Ämter gliedern sich wieder in verschiedene Kammern oder Senate.

Es wird also eine umfangreiche Organisation mit einem großen Stab von Beamten geplant. Obwohl unsere finanzielle Lage zu der äußersten Sparsamkeit zwingt und uns vor allem veranlassen mußte, die Notwendigkeit jeder einzelnen neuen Beamtenstelle genau zu überlegen, würde gegen die Schaffung eines so umständlichen Schlichtungsapparates nichts einzuwenden sein. Selbst wenn er 50 Millionen Mark kosten sollte, machte er sich bezahlt, wenn er nur unserer Volkswirtschaft für 100 Millionen Mark Werte rettet. Er wird aber höchstwahrscheinlich sehr viel teurer sein, wohingegen als sehr zweifelhaft bezeichnet werden muß, ob sein Nutzen dementsprechend steigt.

Bei diesem Plan wird es ganz und gar übersehen, daß sich die Gesamtstreitigkeiten aller Erfahrung nach nicht in das starre Schema eines gerichtlichen Instanzenzuges pressen lassen. Ehe ein Lohnstreit an die Schlichtungsstellen kommt, sind Verhandlungen vorangegangen; häufig haben sie sich lange hingezogen. Die Beteiligten sind schon ungeduldig. Sie erwarten ein Ergebnis. Das Scheitern der Verhandlungen regt sie noch mehr auf. Trotzdem lassen sie sich vielleicht beruhigen in der Hoffnung, vor dem Einigungsamt zu ihrem Recht zu kommen. Aber auch dessen Schiedsspruch befriedigt sie nicht. In einem solchen Stadium der Verhandlungen spielen ja nicht nur verstandesmäßige Ueberlegungen eine Rolle, meist werden diese von Gefühlen und Stimmungen überwuchert. Gewiß kann es auch gelingen, die Ungeduligen hinzuhalten, bis eine zweite oder dritte Instanz gesprochen hat, aber in unzähligen Fällen werden die „Brocken fliegen“, Ausfälle in der Erzeugung, Streiks an Arbeitslohn entstehen. Man hat es eben nicht mit Einzelpersonen, wie beim Zivilprozeß zu tun, die selbst dann noch nicht murren, wenn der Termin zum 25. Male vertagt wird, sondern mit Massen, die ihre Forderung ganz oder zum Teil zu einem bestimmten Zeitpunkt in ihre Rechnung eingestellt haben, Massen, die, leicht beeinflussbar, auch Erwägungen zulänglich sind, die mit ihrer Streitjache nur lose zusammenhängen. Wer auch nur mit einem Bein im praktischen Leben steht, muß den Gedanken für absurd halten, daß es möglich sein könnte, die Arbeitnehmer solange ruhig zu halten, bis alle drei Instanzen durchgelaufen sind. Gewiß muß ein solches Verhalten der Arbeiter- und Angestelltenchaft angestrebt werden. Hier liegt eine Erziehungsaufgabe von staatspolitischer Bedeutung für die Gewerkschaften vor. Sie können sie aber bei der gewerkschaftlichen Jugend eines überwiegenden Teils ihrer Mitglieder angesichts des Umstandes, daß auch der Gedanke einer friedlichen Beilegung der Arbeitskämpfe durch das scharfmacherische Verhalten mancher Unternehmerverbände sich nicht gerade übermäßig ausbreitet, und endlich infolge der durch die unsichere wirtschaftliche Lage hervorgerufenen Stimmung nicht von heute auf morgen leisten. Das wird selbst in ruhigeren Zeiten noch einen gewaltigen Kräfteaufwand kosten.

Hätten wir heute schon eine gewisse wirtschaftliche Festigkeit erreicht, dann könnte vielleicht der Versuch mit einem so umfangreichen Behördenaufbau gemacht werden. Aber in diesen Zeitläuften einander jagender Lohnbewegungen und dauernder Unruhe beschwört man damit die Gefahr herbei, der Arbeiterchaft den guten Gedanken des gewerblichen Einigungswesens derartig zu verfehlen, daß er so leicht nicht zu volkswirtschaftlicher Bedeutung kommen kann.

Diese wirklich nicht zu unterschätzende Gefahr erscheint um so größer, wenn man die vorgeschlagene Form der Besetzung jener Behörden betrachtet. Die Vorsitzenden der Einigungsämter sollen weder Arbeitgeber noch Arbeitnehmer sein und auf Vorschlag der Bezirkswirtschaftsräte von der obersten Landesbehörde bestellt werden. Diese ist jedoch an diese Vorschläge nicht gebunden. Praktisch werden die Dinge so laufen, daß irgendein Beamter ernannt wird, der das Amt haupt- oder nebenamtlich

verwaltet. Inwieweit im letzteren Falle der Zweck der Behörde erreicht wird, sei nicht erörtert, obwohl an Hand der Eingriffe von amtlichen Schlichtungsausschüssen in Gesamtstreitigkeiten ausreichender Stoff zu einem abschließenden Urteil vorliegt. Nehmen wir an, daß jeweils für mehrere Kreise Einigungsämter errichtet werden, denen ein Vorsitzender im Hauptamt vorsteht. Woher will man die große Zahl geeigneter Praktiker nehmen? Gewiß, sie lassen sich vielleicht ausbilden, aber zunächst muß man mit Fehlschlägen rechnen, die dem Einigungsgedanken Abbruch tun. Der Vorsitzende muß eine starke Persönlichkeit mit wirtschaftlichem Weitblick sein, die sich eine gewisse Autorität zu schaffen versteht. Mehr als jede andere Tüchtigkeit ist die Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten auf die persönlichen Eigenschaften des Vorsitzenden abgestellt. Er braucht viel Vertrauen, wenn er erfolgreich wirken will, und kann es nur durch liebevolles Verständnis für alle Einzelheiten und unbeirrte Sachlichkeit erwerben. Er ist dazu um so eher in der Lage, wenn ihm das Verfahren eine gewisse Bewegungsfreiheit läßt. Das war bei den bisherigen „Richtlinien“ der Fall, aber in Zukunft soll das Verfahren an strenge Normen gebunden sein.

Die Vorsitzenden der Landeseinigungsämter müssen die Befähigung zum Richteramt haben. Beim Reichseinigungsamt wird vom Präsidenten, vom Direktor und von den Senatspräsidenten die Befähigung zum höheren Justiz- oder Verwaltungsdienst vorgelesen. Ob die Bestellung von Juristen für diese schwierige sozialpolitische Aufgabe ein Vorteil für das Einigungswesen werden wird, bleibt abzuwarten. Eine Reihe von Juristen hat sich bisher zweifellos bewährt, besonders in der theoretischen Ausbildung des Schlichtungswesens. Ihre praktische Einschaltung erweckt jedoch erhebliche sachliche Bedenken. Die Schlichtungstätigkeit läßt sich nicht immer auf das formale Recht beschränken, wenn sie wirkungsvoll sein soll. Sie muß häufiger Zweckmäßigkeitsgründe gelten lassen, die mit den Buchstaben der Vorschrift vielleicht nicht ganz in Einklang zu bringen sind. Daß diese Gründe zum Schaden des Friedens in der Wirtschaft bei einem starken juristischen Einfluß zurückgedrängt werden, kann man heute schon als sicher annehmen. Nimmt man noch hinzu die mangelhafte sozialpolitische Erfahrung unserer Juristen, ihr geringes Verständnis für Arbeiterfragen, die Abneigung der Arbeiter, an der die heutige Justiz nicht unschuldig ist — so braucht man kein Prophet zu sein, um einen vollständigen Fehlschlag des technischen Schlichtungsapparates vorauszusagen. Dabei ist sogar noch in Aussicht genommen, daß die leitenden Juristen beim Reichseinigungsamt auf Lebenszeit ernannt werden, so daß sie also selbst im Falle völliger Ungeeignetheit nicht abgesetzt werden können.

Wenn man sich diese Bedenken in aller Ruhe und ohne Voreingenommenheit überlegt, so wird man zum mindesten zugeben müssen, daß die neue Schlichtungsordnung einen Schritt ins Dunkle bedeutet. Sie schafft einen umfangreichen und kostspieligen neuen Behördenapparat, ohne auch nur die Gewähr zu bieten, daß der sozialpolitische und volkswirtschaftliche Zweck in nennenswertem Maße erreicht wird. Ein Mißerfolg aber straft uns nicht nur mit einem Verlust an materiellen Werten, sondern läßt die Gefahr entstehen, daß der heute an Einfluß wachsende Gedanke der friedlichen Verständigung wieder in den Hintergrund gedrängt wird. Eine solche Entwicklung kann aber niemand wünschen. Daher läge es im allgemeinen Interesse, wenn die Schlichtungsordnung vorläufig zurückgestellt oder ganz umgearbeitet würde.

Wirtschaftspolitische Rundschau.

Der Sturz der Mark. — Die Gestaltung unseres Außenhandels. — Preisbewegung für Zu- und Auslandswaren. — Was ist gegen den Preiswucher zu unternehmen?

Es geht reizend schnell abwärts. Die Mark ist auf ein Niveau gelangt, das die österreichische Krone im Frühjahr d. J. einnahm, ja sie ist noch darunter weg auf einen Tiefstand gekommen, der eine Wertschätzung kaum noch zuläßt. Dem entsprechend ist die österreichische Krone noch weiter gesunken, um respektvoll den Abstand aufrechtzuerhalten, der bisher zwischen diesen beiden Zahlungsgrößen bestand. Wir sind leider damit auf dem Auslandsmarkt mit unserem Zahlungsmittel so ungünstig gestellt, daß kaum noch der Einkauf von Rohstoffen und Lebensmitteln möglich wird. Auf dem Inlandsmarkt muß die Wirkung ruinös werden. Die gesamte Preisbildung hängt mehr oder weniger zusammen mit dem Wert unserer Zahlungsmittel. Unmittelbar macht sich dieser Einfluß zunächst bei allen Waren und Lebensmitteln bemerkbar, die wir vom Ausland beziehen, die also in ihrer Preisbildung unmittelbar der Ent-

wertung der Mark folgen. Die enge Verbindung besteht auch bei allen heimischen Waren im freien Markt, die zur Ergänzung unseres Bedarfs dem Auslandsmarkt auch nur teilweise entnommen werden müssen. Aber auch diejenigen Waren, für die wir als Käufer auf dem Auslandsmarkt nicht auftreten, die der heimischen Wirtschaft entstammen, müssen in ihrer Preisbildung mehr oder weniger abhängig werden von der Gestaltung der Kaufkraft der Mark.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß der gewaltige Kurssturz mit der Ueberlastung unserer Zahlungsverpflichtungen, soweit sie durch die Reparationsverpflichtungen entstanden sind, im engen Zusammenhang steht. Man hat uns Zahlungsverpflichtungen auferlegt, die bei der Finanzlage des Reiches in vollem Umfange unmöglich zu erfüllen sind, und die dazu führen, daß wir fortgesetzt die Notenausgabe erhöhen und damit in immer tiefere Verschuldung versinken. Wir haben zwar in unserer Ausfuhr im zweiten Vierteljahr d. J. eine Steigerung zu verzeichnen, die aber doch im Endergebnis sehr dürftig ist. Nach den Bekanntmachungen des Statistischen Amtes betrug die Ausfuhr im zweiten Quartal 16,1 Milliarden, während die Einfuhr 19,4 Milliarden erreichte. Leider haben wir die Ergebnisse vom ersten Quartal d. J. noch nicht erfasst, so daß ein Vergleich nur mit dem letzten Quartal des Jahres 1920 möglich ist, und dieser Vergleich ergibt, daß wir in der Ausfuhr um 6,1 Milliarde zurückgegangen sind, daß mithin das zweite Quartal keinen günstigen Abschluß aufweist.

Betrachten wir den Einfuhrüberschuß im zweiten Quartal in den einzelnen Monaten, so ergibt sich ein Einfuhrüberschuß im Mai von 928, im Juni von 976, im Juli von 1372 Millionen Mark. Dieser Einfuhrüberschuß erhöht sich nach den vorläufigen Ergebnissen des Statistischen Amtes im August auf 2,7 Milliarden. Der gesteigerte Einfuhrüberschuß ist ein ungünstiges Symptom unserer Außenhandelsbilanz. Er deutet darauf hin, daß wir in unserer Zahlungsverpflichtung immer stärker dem Ausland gegenüber verpflichtet werden. Wahrscheinlich ist die gesteigerte Inanspruchnahme in der Einfuhr darauf zurückzuführen, daß durch eine größere Nachfrage auf dem Inlandsmarkt die Einfuhr von Rohstoffen eine Zunahme erfährt.

In der Lebenshaltung der deutschen Bevölkerung zeigen sich bereits die üblen Wirkungen der Entwertung unserer Zahlungsmittel. Nach den amtlichen Mitteilungen ist die Warenindexziffer bereits auf 2067 gestiegen; als Vergleich ist das Jahr 1913 mit 100 eingesetzt, das bedeutet also, daß die Warenpreise rund um das 20,6fache gestiegen sind. Das sind die Zahlen, die Mitte Oktober festgestellt sind; wir haben leider damit zu rechnen, daß eine weitere Aufwärtsbewegung in den nächsten Wochen eintreten wird. Der Großhandelsindex der Waren, die vom Ausland eingeführt wurden, ist im Juli von 1935 auf 2643 oder um 36,5 v. H. gestiegen. Demgegenüber hat der Index der vorwiegend im Inland erzeugten Waren sich in einer mäßigeren Aufwärtsbewegung gehalten, er stieg von 1913 auf 1952 oder um 2 v. H. Diese Gegenüberstellung ist außerordentlich wichtig. Sie zeigt, daß die Preisbewegung der Inlandswaren sich nicht in dem schnellen Tempo vollzieht wie bei den Auslandswaren. Das Uebel der Situation, in der sich die deutsche Bevölkerung befindet, wird uns klar, wenn wir die Preisbewegung im Ausland betrachten. In Amerika, England und Kanada sind jetzt für die Ernährung ungefähr 70 v. H. der während der Kriegszeit aufs höchste getriebenen Preise noch in Geltung. In Frankreich beträgt der Anteil 77 v. H., in den während des Krieges neutralen Staaten ungefähr 80 v. H. und in Italien 93 v. H. In Deutschland dagegen erhoben sich die Ernährungsausgaben um 11,5 v. H. über den im Dezember vorigen Jahres festgestellten Höchstpunkt der Teuerungswelle.

Sehr beachtlich ist, wie unter diesen ungünstigen Preisbildungen die Ernährung des deutschen Volkes herabgedrückt wurde. Hierfür geben die Viehschlachtungen im ersten Halbjahr d. J. nach den amtlichen Ermittlungen eine interessante Uebersicht. Nach der Stückzahl im Vergleich mit den Schlachtungen vom Jahre 1913 ergibt sich für das erste Halbjahr 1921 in Deutschland eine Abschachtung von Rindvieh von 1157586 Stück gegenüber 1583289 im Jahre 1913, mithin ein Rückgang von 425703 Stück. An Kälbern sind geschlachtet worden 1921 im ersten Halbjahr 1450141, im Jahre 1913 dagegen 2008364, mithin ein Rückgang von 558223. Noch stärker ist der Rückgang bei den Schweineschlachtungen. Im ersten Halbjahr 1921 wurden rund 5 Millionen Schweine, das sind 62,4 v. H. weniger geschlachtet, als im gleichen Zeitraum des Jahres 1913. Die Zahl der geschlachteten Schweine betrug 1921 im ersten Halbjahr 2981038 gegenüber 7933369 im Jahre 1913.

Nimmt man die Gesamtbeschäftigten nach der zur Verfügung stehenden Fleischmenge für den Konsum im Vergleich mit den im Jahre 1913 zur Verfügung stehenden Mengen, so ergibt sich ein Rückgang im Fleischkonsum von 7 110 000 dz., d. h., wir konsumierten im Jahre 1913 11 600 000 dz. gegen 4 580 000 dz. im ersten Halbjahr 1921. Der Fleischkonsum ist um rund 60 v. H. zurückgegangen. Eine überaus wichtige Feststellung, die zeigt, wie stark die Bevölkerung in ihrer Ernährung zurückgedrängt ist unter dem Einfluß der starken Preisbewegung.

Wir dürfen uns darüber nicht täuschen, daß diese Preisbewegung, so ungesund sie ist, in ihrer vollen Auswirkung nicht zurückgehalten ist. Wir können durch einige Maßnahmen die wucherische Preisentwicklung besonders in einigen wichtigen Lebensmitteln (Brotgetreide und Kartoffeln), die unmittelbar mit der Entwertung unserer Zahlungsmittel nicht in Zusammenhang stehen, aufhalten, aber die Voraussetzung dafür wäre die Zurückführung in eine Preisbindung und Zwangswirtschaft. Alle anderen Mittel, Bekämpfung durch Wucherbestimmungen usw., sind weniger wirkungsvoll. Die Sozialdemokratische Partei hat wiederholt gewarnt, allzusehnell aus der Zwangswirtschaft herauszutreten, und auf die Wirkungen aufmerksam gemacht, die eintreten müssen, wenn der freie Handel in Tätigkeit tritt und damit auch die freie Preisbildung. Gegenwärtig ist es natürlich sehr schwer, inmitten des Wirtschaftsjahres und nach Aufgabe aller Organisationen für die Zwangswirtschaft wieder zu einem Zwangswirtschaftssystem zurückzukehren. So sind wir durch die übereifrige Preisgabe der Zwangswirtschaft in eine bedrängte Lage hineingeraten, die noch verschlimmert wird dadurch, daß wiederum planlos und im Uebermaß Einkäufe unternommen werden von der Bevölkerung, die bestrebt ist, sich vor der im Anzuge befindlichen Preiswelle durch schleunige Einkäufe zu sichern. Die Wirkung muß natürlich die sein, daß die Preise durch diese volkswirtschaftlich unerfreulichen Erscheinungen abermals eine Steigerung erfahren.

Hilfe kann uns nur werden, wenn es möglich wird, die Reparationsleistungen ganz erheblich herabzusetzen, wenn wir unsere Finanzwirtschaft im Innern festigen durch höhere Einnahmen und Beschränkung der Ausgaben — und ein unmittelbarer Erfolg würde durch die Flüssigmachung eines größeren Kredits eintreten. Ein solcher Kredit in der Form einer ausländischen Anleihe würde uns ausländische Zahlungsmittel in die Hand geben; wir erlangten damit wieder eine Bewegungsfreiheit. Die Aktion der deutschen Industrie, die den Eindruck erweckte, als ob man uns hilfsbereit entgegenkommen wolle, steht nach den letzten Beschlüssen des Reichsverbandes der Industrie wenig hoffnungsvoll aus. Die Herren wollen bei dieser Kreditgewährung ihre politischen Geschäfte betreiben, indem sie ganz unverblümt bestimmte Interessenforderungen geltend machen. Man wird nicht fehlgehen, wenn man unter diesen Forderungen als besonders wichtige annimmt eine Uenderung in bezug auf den Achtstundentag und die Uebernahme der Eisenbahn und anderer staatlicher Unternehmungen in den Privatbesitz. Daß eine solche Anforderung unter keinen Umständen von der Sozialdemokratie erfüllt werden kann und ihre Vertreter in der Regierung dem nie zustimmen können, ist klar.

Darüber kann sich auch die Industrie nicht im Zweifel sein, und so kann man nur folgern, daß von jener Seite das Projekt überhaupt nicht ehrlich und ernst erstrebt wird, im Gegenteil, die sehr scharfen Angriffe deuten darauf hin, daß man ihm den Boden entziehen will. Das ist ein nicht ungeschickter Schachzug, der aber leicht als solcher zu erkennen ist und darauf hinausgeht, daß die großen kapitalistischen Interessengruppen zunächst einmal zeigen wollen, welche Macht sie im Staat besitzen, und daß sie dann die Verantwortung für das Scheitern des Unternehmens nicht selbst übernehmen wollen, sondern der Regierung zuschreiben möchten. Demgegenüber wird nichts anderes übrig bleiben, als daß die Regierung zu dem vom Wirtschaftsministerium vertretenen Projekt greift und ihrerseits die Vermögenswerte sich raueignet, die die Unterlagen dafür bieten können, im Ausland eine Anleihe aufzunehmen. Je eher die Regierung zu diesem Schritt sich entschließt, je früher sie die politische Situation, und die Rückwirkung auf den Geldmarkt wird nicht ausbleiben; aber es ist jetzt schon die Gefahr der Unentschlossenheit und der zögernden Rücksichtnahme auf die großen mächtigen Interessengruppen der Industrie heraus und zu dieser Entscheidung zu kommen, die allein uns aus unserer unerträglichen Lage befreit.

Forderungen der Gewerkschaften zur Beseitigung des Finanzjellends und der Teuerung.

Die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Afa-Bundes, die schon vor einigen Tagen gegen die vom Reichsverband der deutschen Industrie in der Frage der Kredithilfe gefaßten Beschlüsse scharfen Protest eingelegt hatten, sind bei ihren weiteren Beratungen am 15. November zu dem Ergebnis gelangt, daß bei dem wachsenden Finanzjellend des Reiches und der damit verbundenen unerträglichen Teuerung aller Lebensmittel und Bedarfsartikel von der Reichsregierung nunmehr unverzüglich ein gesetzgeberisches Eingreifen verlangt werden muß.

Unbeschadet ihrer grundsätzlichen Auffassung, daß die zu lösende Aufgabe nicht lediglich ein Steuer-, sondern vor allem ein Wirtschafts- und Produktionsproblem ist, halten die Gewerkschaften angesichts der fortschreitenden Geldentwertung eine grundsätzliche Neuordnung der Steuerpolitik für unumgänglich notwendig. Es kommt vor allem darauf an, zum Zweck der Sanierung der vom Zusammenbruch bedrohten Reichsfinanzen die Leistungsfähigkeit der seit Beendigung des Krieges wieder erstarkten Privatwirtschaft im notwendigen Maße anzuspannen. Die Stilllegung der Notenpresse, die als die Voraussetzung für jede Gesundung der Reichsfinanzen angesehen werden muß, kann nur erreicht werden, wenn bei der bevorstehenden Steuerreform die Wirtschaft in den Dienst des Staates gestellt wird.

Die Erfüllung der Wiedergutmachungsleistungen an die Entente macht es der Regierung zur Pflicht, die Wirtschaftlichkeit der Reichsbetriebe einer Nachprüfung zu unterziehen. Unter unbedingter Ablehnung aller Versuche einer Ueberführung der Eisenbahn- oder anderer Reichsbetriebe in Privatbesitz wird vorgeschlagen, die im Besitz des Reiches befindlichen wirtschaftlichen Unternehmungen von ihrer heutigen bürokratischen Bevormundung zu befreien und durch Sozialisierung wirtschaftlich zu gestalten.

Gegen die Ausbeutung der Reichseisenbahnen durch kapitalistische Lieferanten müssen im Eisenbahnfinanzgesetz Sicherungen vorgeesehen werden.

Von diesen Erwägungen ausgehend, fordern die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Afa-Bundes von der Reichsregierung und den Reichstag zur Erfüllung und zum Ausgleich des inneren Haushalts des Reiches die beschleunigte Beschlussfassung über folgende gesetzgeberische Maßnahmen:

1. Beteiligung des Reiches an den Sachwerten. Die Aktiengesellschaften haben 25 Prozent ihres Aktienkapitals auf das Reich zu übertragen. Die kleineren gewerblichen Unternehmungen und die Landwirtschaft sind durch eine Steuer, deren Erträgnisse der Veränderung des Geldwertes angepaßt sind, in gleicher Höhe zu belasten.
2. Sozialisierung des Kohlenbergbaues zur Erhöhung der Kreditfähigkeit des Reiches.
3. Neuordnung der Verkehrsunternehmungen mit dem Ziele, sie in kürzester Zeit wirtschaftlich zu gestalten.
4. Schärfste Erfassung der Exportdevisen durch Ausbau der Außenhandelskontrolle.
5. Beschränkung der Einfuhr auf das Lebensnotwendige.
6. Erhöhung der Ausfuhrabgabe bis zur völligen Erfassung der Valutagewinne.
7. Beschleunigte Einziehung des Reichsnotopfers.
8. Sofortige Einziehung der bisherigen Steuern, insbesondere der Einkommensteuer. Die Steuerpflichtigen müssen verpflichtet werden, den Betrag ihrer eigenen Veranlagung sofort an die Finanzämter abzuliefern. Bleibt diese Zahlung bis zu einer Grenze von 25 Prozent ihrer Einkommensteuerpflicht zurück, so haben sie nach der definitiven Veranlagungsentscheidung des Finanzamtes den Rest mit 5 Prozent Zinsen abzuführen. Ist die Selbstveranlagung unter diesem Betrage zurückgeblieben, so haben sie für diese Summe eine Verzinsung von 30 Prozent zu zahlen. Die Umsatzsteuer ist von den Steuerpflichtigen in monatlichen Abschlagszahlungen abzuführen.
9. Scharfe Besteuerung der durch Devisen und Effekten-Geschäfte erzielten Gewinne.
10. Kontrolle der privatwirtschaftlichen Monopole.

Die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Afa-Bundes rufen alle organisierten Arbeiter und Angestellten, sowie die zentralen und örtlichen Organe der freien Gewerkschaften auf, mit allem Nachdruck für dieses Programm einzutreten und für seine Durchführung ihre ganze organisatorische Kraft zu entfalten.

Kartoffelrichtpreis oder Bestechung?

Ein nachdenkender Genosse schreibt uns:

Den Beamten des preussischen Ministeriums des Innern bis hinauf zum Ministerialdirektor sind vor einigen Tagen von einer Anzahl von Landwirten Kartoffeln in größeren Mengen zu einem nach heutigen Begriffen außerordentlich billigen Preise geliefert worden. Man spricht von 20 Mk. je Zentner. Es läßt sich nicht annehmen, daß die Lieferanten der Kartoffeln den Beamten damit ein Geschenk haben machen wollen. Wäre das der Fall, so hätten sich sowohl Lieferanten wie auch Käufer der Bestechung schuldig gemacht. Alle Teile müßten dann zur gerichtlichen Bestrafung herangezogen und die Kartoffeln beschlagnahmt werden.

Am 23. September d. J. ist nämlich eine Verordnung des genannten Ministeriums erschienen, die sich in sehr scharfen Worten gegen den Lebensmittelwucher wendet und die Polizeiorgane auffordert, jeden Fall von Wucher unnachsichtlich zur Anzeige und strafrechtlichen Verfolgung zu bringen. Gegen diesen Erlaß haben Produzenten und Händler förmlich Sturm gelaufen. Ob mit Erfolg, wissen wir nicht, es ist jedoch beinahe anzunehmen, da bis jetzt von einem Nachlassen des Lebensmittelwuchers wirklich noch nichts zu verspüren ist.

Andererseits wäre es selbstverständlich für die Verkäufer dieser billigen Kartoffeln sowohl wie auch für die Käufer die denkbar schwerste Beleidigung, wollte man annehmen, daß die Kartoffeln auch nur unter dem Selbstkostenpreise abgegeben worden wären. Denn dann wäre den Käufern tatsächlich etwas geschenkt worden, und weshalb — das könnte man sich in diesem Falle sehr leicht denken. Die Beamten hätten dann die Kartoffeln nicht annehmen dürfen, weil sie in diesem Falle hätten wissen müssen, daß man ihnen ein Geschenk macht, das sie ganz besonders in diesem Falle nicht annehmen durften.

Es ist aber, wie gesagt, ausgeschlossen, daß ihnen etwas geschenkt werden sollte und daß sie ein Geschenk angenommen haben. So bleibt denn gar nichts anderes übrig als die Schlussfolgerung, daß der Preis, den die Beamten des preussischen Ministeriums des Innern für die Kartoffeln gezahlt haben, wirklich ein angemessener Preis ist, bei dem die Verkäufer zwar nicht sehr viel verdient haben, aber doch immerhin noch auf ihre Rechnung gekommen sind.

Daraus ergibt sich nun folgendes: Wenn bisher bei den wiederholten Verhandlungen im Reichsernährungsministerium die Gewerkschaftsvertreter von dem Ministerium die Festsetzung von Richtpreisen für Kartoffeln verlangt haben, wurde das stets aus den verschiedensten Gründen für unmöglich erklärt. Diese Auffassung des Reichsernährungsministeriums kann nach dem oben geschilderten Vorgang nicht mehr aufrechterhalten werden. Der Preis, den die Beamten des preussischen Ministeriums des Innern gezahlt haben, ist ein angemessener oder —!

Wir erwarten also nunmehr von den zuständigen Ministerien des Reiches und in Preußen mit aller Bestimmtheit, daß sie die Staatsanwälte und sonstigen Vollzugsorgane schleunigst dahin instruieren, überall rücksichtslos einzuschreiten, wo die Produzenten für die Kartoffeln mehr als, sagen wir: 25 Mk. fordern. Die Beamten des genannten preussischen Ministeriums haben tatsächlich weniger gezahlt und schenken hat man ihnen selbstverständlich nichts wollen und wenn es versucht worden wäre, so hätten sie das nicht angenommen, eben um sich nicht der Bestechung schuldig zu machen.

Es liegen auch sonst noch Beweise dafür vor, daß der hier angegebene Preis ein angemessener ist; denn nach einer Anzeige in der „Bonnerschen Tagespost“ vom 26. Oktober ist auch dort Mitgliedern der Deutschnationalen Volkspartei der Zentner Kartoffeln mit 22 Mk. angeboten worden. Wir wollen auch hier zugunsten der Verkäufer annehmen, daß sie auf den üblichen Gewinn verzichtet haben; aber daß sie den Preis unter den Selbstkostenpreis gesenkt hätten, würde ihnen kein Mensch glauben, selbst wenn der Versuch gemacht würde, es ihm weiszumachen. Woraus sich ergibt, daß die heute marktüblichen Preise für Kartoffeln durchweg Wucherpreise sind und die Staatsanwälte allen Anlaß haben, sofort auf der ganzen Linie gegen diesen Wucher einzuschreiten.

Die Haltung der Gewerkschaften zu den Forderungen der Industrie.

Gewisse interessierte Kreise verbreiten unwahre Gerüchte über die Stellung der Gewerkschaften zu den vom Reichsverband der Deutschen Industrie an die Kredithilfe geknüpften Bedingungen. So wird behauptet, der Bundesvorsitzende Leipart habe dem Reichskanzler gegenüber erklärt, daß der Allgemeine

Deutsche Gewerkschaftsbund und auch die Sozialdemokratische Partei bereit wären, sich auf eine Entstaatlichung der Reichseisenbahnen einzulassen. Das Gegenteil ist richtig. Gewisse Leipart hat den Reichskanzler in der Besprechung am 11. d. M. darauf verwiesen, daß der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes schon am 9. d. M. in Übereinstimmung mit dem Vorstand des Afa-Bundes einstimmig beschlossen habe, die von den Industriellen erhobenen Forderungen unbedingt abzulehnen. In der Entschliebung der beiden Bundesvorstände heißt es, die Forderungen der Industrie ließen erkennen:

„daß mit der Gewährung der Kredithilfe das Reich und damit die breiten Schichten der Bevölkerung in eine wachsende und unerträgliche Abhängigkeit von den kapitalistischen Unternehmern gebracht werden sollen.“

Die Kredittaktion der Industrie, die anfangs als eine nationale Tat angekündigt wurde, und die auch die Zustimmung der Gewerkschaften gefunden hätte, ist durch die Beschlüsse des Reichsverbandes der Deutschen Industrie als ein neues Machtinstrument des organisierten Unternehmertums entlarvt worden.“

Diese Entschliebung der Gewerkschaften ist dem Reichskanzler und dem Reichsverkehrsminister auch schriftlich übermittelt worden, und in der erwähnten Besprechung bei dem Reichskanzler hat Leipart auch mündlich die bestimmte Erwartung ausgesprochen, daß die Reichsregierung die unerhörten Unternehmerforderungen strikte ablehnen werde.

Einen anderen Standpunkt soll, wie wir hören, allerdings der Geschäftsführer Valtrusch von den christlichen Gewerkschaften eingenommen haben. Darauf ist es wohl zurückzuführen, daß das „Berliner Tageblatt“ in der Abendausgabe vom 12. November die Meldung brachte, ein Beschluß über den endgültigen Standpunkt der Gewerkschaften liege noch nicht vor. Es kann sich hierbei nur um die christlichen Gewerkschaften handeln, was schon daraus zu schließen ist, daß in der Meldung des „Berliner Tageblattes“ von dem Ausschuh des „Deutschen Gewerkschaftsbundes“, der bekanntlich nur die christlichen Gewerkschaften umfaßt, die Rede ist. Wir können im übrigen nicht glauben, daß wirklich die christlichen Gewerkschaften sich in dieser für die gesamte deutsche Arbeiterschaft so überaus wichtigen Frage von den übrigen Gewerkschaften trennen werden.

Zur „Kredithilfe der Industrie“

haben die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes folgende Entschliebung gefaßt:

Die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes sehen in den Beschlüssen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie zur Gewährung einer Kredithilfe an das Reich eine Provokation der gesamten werktätigen Bevölkerung. Die organisierten Unternehmer knüpfen an die steuerlichen Vorschuhleistungen Bedingungen, die in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht zur Entrechtung und materiellen Schädigung der Arbeiter, Angestellten und Beamten führen müssen. Sie fordern von der Reichsregierung politische Garantien zugunsten des Unternehmertums, die in letzter Linie eine Einschränkung, wenn nicht Beseitigung des Mitbestimmungsrechtes der Arbeitnehmer in den Betrieben, eine Entstaatlichung der Eisenbahn- und sonstigen Reichsbetriebe und die Durchbrechung oder Aufhebung des Achtstundentages bedeuten. Der Wortlaut der Entschliebung läßt erkennen, daß allgemein mit der Gewährung der Kredithilfe das Reich und damit die breiten Schichten der Bevölkerung in eine wachsende und unerträgliche Abhängigkeit von den kapitalistischen Unternehmern gebracht werden sollen. Die Kredittaktion der Industrie, die man anfangs als eine nationale Tat angekündigt hat und die auch die Zustimmung der Gewerkschaften gefunden hätte, ist durch die Beschlüsse des Reichsverbandes der Deutschen Industrie als ein neues Machtinstrument des organisierten Unternehmertums entlarvt worden.

Die vereinigten gewerkschaftlichen Spitzenverbände erwarten von der Reichsregierung, daß sie die von den Industriellen in Verbindung mit der Gewährung der Kredithilfe erhobenen Forderungen unbedingt ablehnt.

Aus unserem Beruf.

Düsseldorf. Seit dem 12. November stehen die Maler bei der Firma Giby, Emaillierwerk, im Streit. Leider wird uns nichts darüber berichtet, aus welchen Ursachen es zu diesem Streit gekommen ist. Die von uns verlangte Fernhaltung des Zugangs veröffentlichten wir hiermit, müssen aber im übrigen die Verant-

wortung unserer Verwaltung in Düsseldorf überlassen, die uns einen näheren Aufschluß in dieser Sache nicht gegeben hat.

Reichenbach, S.-A. Bei der Firma Adolf Wiehner, Porzellanmalerei, stehen die Kollegen noch im Streit. Der Unternehmer weigert sich, den tariflichen Lohn zu zahlen. Er erklärt, daß er die Maler nicht wieder einstellen will und wenn sie verhungern. Anders wieder hat er den Kollegen gesagt, daß er ihnen bei der Arbeitssuche behilflich sein wolle. Auf den Entlassungsschein hat er geschrieben, daß er infolge der hohen Löhne usw. nicht mehr konkurrenzfähig könne. Auch mangelt es ihm an Rohmaterial. Dabei ist festgestellt, daß weißes Geschirr und auch Kohle eingegangen ist. Nun sucht Wiehner aber wieder Arbeiter, und zwar will er ungelernete Kräfte heranziehen. Es wird deshalb ersucht, **Zuzug fernzuhalten!**

Ein anderes Gesicht bekommt die Sache noch, weil die hiesige Porzellanhändlervereinigung beschlossen hat, keinen dieser Streitenden einzustellen. Auch während des vergangenen Streiks ist diese Methode schon angewandt worden. Nun können die Kollegen erst mal sehen, daß die kleinen Unternehmer nicht besser sind, wie die großen. Der erstere wird gedrückt von letzterem und dieser ist dann gezwungen, wieder auf die Arbeiter zu drücken. Das kennen diese „Unternehmer“ ja noch aus Erfahrung, da sie ja meistens vor kurzer Zeit noch selbst Arbeiter waren. Und was stellen dann solche Arbeitgeber für geschäftsgewandte und in Wirtschaftsfragen bewanderte Menschen vor. An Steuererklärungen, Zeugnissen usw. kann man das ersehen. Im Interesse der Arbeiter liegt es, Zwergebetriebe, die unter den heutigen Verhältnissen nicht leben und nicht sterben können, zur Auflösung und Angliederung an die Großbetriebe zu bringen. Letztere dann später in die Gemeinwirtschaft zu überführen, muß unser weiteres Ziel sein.

Schorndorf. In den letzten beiden Nummern des „Sprechsaal“ suchte die „Württ. Porzellan-Manufaktur, A.-G., Schorndorf, einen Fondsprüfer, der im Bedarfsfalle auch rändern und staffieren muß. Ein Kollege, der auf dieses Inserat hin die Arbeit annahm, erhielt aber nicht Spritz-, sondern Malerarbeiten zugewiesen. Da es dem Kollegen aber nicht möglich war, gleich am ersten Tage einige Waggons von dem Ränderbetor zu liefern, mußte er am zweiten Tage wieder aufhören. Daß er von der Firma auf vierzehn Tage zur Probe eingestellt war, kam für die Firma nicht in Betracht. Weil wir schon mehrere Fälle dieser Art hier zu verzeichnen haben, halten wir es für unsere Pflicht, die Kollegen, die sich von der hiesigen Firma engagieren lassen, zur größten Vorsicht zu ermahnen, um sie vor schweren Schädigungen zu schützen. Am besten ist es, es fragt jeder Kollege, der nach Schorndorf zu kommen gedenkt, vorher erst bei der Verwaltung an. Außerdem sichere sich jeder durch besondere vorherige schriftliche Vereinbarung mit der Firma über das anzutretende Arbeitsverhältnis.

Spandau. In der Zahlstellenversammlung vom 14. November 1921 wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Der Hauptvorstand wird ersucht, das Lohnabkommen zum 1. Dezember 1921 zu kündigen, da durch die plötzliche enorme Teuerung die jetzigen Löhne als völlig ungenügend zu erachten sind, um auch nur das bescheidenste Dasein fristen zu können.“

Gewerkschaftliches.

Vorstandssitzung des Internationalen Gewerkschaftsbundes. Am 22. und 23. Oktober trat in Genf der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes zusammen. Außer den Bureaumitgliedern J. S. Thomas (England), L. Jouhaux (Frankreich), E. Mertens (Belgien) und den beiden Sekretären E. Fimmen und J. Oudegeest nahmen an der Sitzung teil: Peder Hedebol (Dänemark), Th. Leipart (Deutschland), J. B. Williams (England), G. Dumoulin (Frankreich), L. d'Aragona (Italien), Fr. Caballero (Spanien), R. Lanerle (Tschchoslowakei), E. Johansen (Schweden), R. Dürr (Schweiz) und A. Crawford (Südafrika).

Der Vorstand gab in seiner Gesamtheit seine Zustimmung zu den vom Bureau in der Angelegenheit der russischen Hilfsaktion getroffenen Maßnahmen. Zwischen einem der Sekretäre des Internationalen Gewerkschaftsbundes und dem Vertreter des Allrussischen Roten Kreuzes kam eine Vereinbarung zustande, welche die größte Gewähr bietet, daß alle von gewerkschaftlicher Seite ausgehenden Hilfeleistungen ausschließlich und in vollem Umfang den Notleidenden zugute kommen wird. Es wurde beschlossen, in Rußland sechs Kinderheime zu errichten, die vom Internationalen Gewerkschaftsbund geleitet und völlig unterhalten werden sollen. Zu diesem Zwecke wird der Internationale Gewerkschaftsbund in Petersburg ein spezielles Bureau errichten, von dem aus die ganze Hilfsaktion für Rußland geleitet werden wird. Die Einrichtung des Bureaus sowie die Schaffung eines Heims für 1000 Kinder soll raschestens in Angriff genommen werden. Weiter wurde beschlossen, ein vom Internationalen Gewerkschaftsbund angekauftes Quantum von Textilamenten im Werte von

mehr als 60 000 holländischen Gulden der Internationalen Organisation des Roten Kreuzes zur Verfügung zu stellen. Schließlich wurde beschlossen, einen neuerlichen Aufruf an die Arbeiter aller Länder zu richten, die vom Internationalen Gewerkschaftsbund unternommene russische Hilfsaktion energisch zu unterstützen.

In ausführlicher Weise wurde sodann die Situation der Gewerkschaftsbewegung in den verschiedenen Ländern besprochen. Die vom Internationalen Gewerkschaftsbund den Gewerkschaftsorganisationen verschiedener Länder gewährte Unterstützung fand gleichfalls die Zustimmung des Vorstandes. Auf Vorschlag des Bureaus wurde beschlossen, auch die dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen lettischen Gewerkschaftsorganisationen materiell zu unterstützen.

An ausführlicher Weise beschäftigte sich der Vorstand auch mit der amerikanischen Gewerkschaftsorganisation (American Federation of Labor), die sich bisher, obgleich sie seinerzeit an den Beratungen des Internationalen Gewerkschaftskongresses in Amsterdam teilnahm, nicht dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossen hat. Der Vorstand billigte die vom Bureau gegenüber der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung eingenommene Haltung, erklärte sich jedoch bereit, auch weiter dahin zu trachten, die in Amerika infolge der unzureichenden Kenntnis der internationalen Gewerkschaftsbewegung Europas allenthalben vorherrschenden unrichtigen Auffassungen zu widerlegen und aus dem Wege zu räumen. Das Sekretariat wurde schließlich beauftragt, sich nochmals an die American Federation of Labor zu wenden und zu versuchen, durch persönliche Fühlungnahme mit dem Gesamtvorstand der amerikanischen Organisation den Weg zu ebnen, um den Anschluß der amerikanischen Arbeiter an den Internationalen Gewerkschaftsbund zu veranlassen.

Mit Bezug auf das von der American Federation of Labor an die Landeszentralen von Frankreich, England und Italien gerichtete Schreiben, in dem diese ersucht wurden, bei ihren Regierungen darauf zu dringen, daß den zur sogenannten Abrüstungskonferenz in Washington delegierten offiziellen Regierungsvertretern auch Arbeiterdelegierte beigegeben werden, beschloß der Vorstand auf Vorschlag des Bureaus und der drei genannten Landeszentralen und in Übereinstimmung mit ihnen dieser Einladung nicht Folge zu leisten.

Der Vorstand gab einstimmig seine Meinung dahin zu erkennen, daß die dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Landeszentralen nur an solchen internationalen Konferenzen teilnehmen können, die wirklich allgemein und international sind. Der Vorstand gab zudem einstimmig der Meinung Ausdruck, daß das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes die einzige Instanz ist, die berechtigt ist, allgemeine internationale Konferenzen einzuberufen und die angeschlossenen Landeszentralen ausschließlich Einladungen, die vom Internationalen Gewerkschaftsbund ausgehen, Folge leisten können.

Das Bureau berichtete sodann über seine Vorbereitungsarbeiten für die zum 15. November in Amsterdam einberufene internationale Konferenz des Bureaus der Gewerkschaftsinternationalen mit den Vertretern der Internationalen Berufsfunktionäre der Transportarbeiter, Metallarbeiter und Bergleute zwecks gemeinsamer Beratung der Abrüstungsfrage.

Die vom Bureau getroffenen Maßnahmen fanden einstimmige Billigung. Auf dem nächstfolgenden Internationalen Gewerkschaftskongress werden definitive Beschlüsse gefaßt werden.

Der Kongress wird laut Beschluß der Vorstandssitzung am 20. April 1922 und folgende Tage in Rom stattfinden. Dieser Beratungen wird sich ein besonderer Internationaler Kongress von Vertretern aller auf dem Boden des Internationalen Gewerkschaftsbundes stehenden Internationalen Berufsfunktionäre anschließen.

Des weiteren entspann sich noch eine ausführliche Diskussion über die zunehmende Reaktion und die hiermit zusammenhängende Verfolgung der Arbeiterbewegung. In diesem Zusammenhang wurden verschiedene Beschlüsse gefaßt.

Aus Anlaß der Verurteilung der Arbeiter Sacco und Vanzetti in Nordamerika wurde an die American Federation of Labor ein Telegramm gesandt, in dem diese ersucht wird, alles in Bewegung zu setzen, um das Leben der beiden Arbeiter zu retten.

Zum Schluß setzte der Vorstand nach vorangegangener Diskussion die Richtlinien für die Arbeiterdelegationen der verschiedenen Länder fest, die an der am 25. Oktober in Genf stattfindenden Dritten Internationalen Arbeitskonferenz teilnehmen werden.

Vermischtes.

Neuwahlen zur Ärzte-Versicherung.

Die Amtsdauer der zu den Ehrenämtern in der Angehörigenversicherung Gewählten war durch Verordnungen aus der Kriegszeit bis zum 31. Dezember 1921 verlängert worden. Die Neuwahlen werden daher in Kürze stattfinden. Die einschlägigen

Verordnungen sind unverändert geblieben. Zum allgemeinen Wahlleiter ist der Präsident des Oberlandesgerichts für Angestell-tenversicherung, Professor Dr. Laß in Berlin W. 10, Eglentand-straße 7, bestellt. Das Nähere wegen der alsbald vorzunehmenden Neuwahlen werden die Regierungen der einzelnen Länder be- stimmen.

Durchschnittliche Wochenverdienste in den Vereinigten Staaten von Amerika im Monat Juni.

Die Erhebungen des amerikanischen Arbeitsamts, betreffend die Durchschnittslöhne der bedeutenderen Industriegruppen in den Vereinigten Staaten von Amerika, ergaben — laut einer Wieder- gabe des Heberdienstes vom 15. September — für den Monat Juni d. J. folgende Lohnsätze:

Industrie-Gruppe	Wochenverdienst Durchschnitts-Dollar
Eisen, Stahl, Glas	26,04
Metall und Maschinen	27,79
Holzbearbeitung	24,85
Wolle, Leder, Gummi	25,22
Chemische	26,61
Papier	26,47
Dürrerzeugnisse	30,33
Textil	20,78
Steinfabrikation	23,28
Nahrungsmittel, Getränke, Tabak	24,48

„Die in den hier angeführten Industriegruppen gezahlten Löhne dürften im allgemeinen ausreichend sein“, bemerkt dazu das Nachrichtenblatt des Reichswanderungsamtes, „um die Lebensunterhaltskosten einer Einzelperson in den Vereinigten Staaten von Amerika bei beschriebenen Ansprüchen bestreiten zu können. Ver- heirateten wird es jedoch kaum möglich sein, mit den angegebenen Bezügen auszukommen.“

Krankenversicherung und Gehaltsgrenze.

Der Zentralverband der Angestellten hat den Vorläufigen Reichswirtschaftsrat in einer Eingabe aufgefordert, sich für eine Befestigung der Gehaltsgrenze in der Krankenversicherung auszu- sprechen.

Durch den Entwurf des Gesetzes über eine vorläufige Arbeits- losenversicherung, der nur die Krankenversicherungspflichtigen um- schließt, ist die Frage besonders aktuell geworden.

Versammlungsberichte.

M.-Gladbach. Versammlung vom 3. November. Da Gauleiter Jahn, der zu dieser Versammlung erscheinen sollte, nicht eingetroffen ist, wird beschlossen, an Jahn ein Telegramm und an den Vorstand ein ener- gisches Schreiben zu richten. Wenn Jahn allein in seinem Gau die Arbeit nicht meistern könne, müsse eben noch eine zweite Kraft eingestellt werden. In der Diskussion über die Lohnfrage wird festgestellt, daß in Berlin in unserer Branche 9 Mk. pro Stunde gezahlt werden. Es wurde angeregt, auf unseren bisherigen Lohn von 7,50 Mk. einen 20 prozentigen Auf- schlag zu fordern, so daß auch wir 9 Mk. Stundenlohn erreichen. Von diesem Kollegen wird angefragt, ob denn im Akkord nicht über den fest- gesetzten Lohnsatz hinaus verdient werden könne; von anderer Seite wird dazu bemerkt, daß dann die Gefahr bestehe, daß die Qualität der Arbeit darunter leide. Die Lohnfrage soll dem Gauleiter zur Regelung über- lassen werden. — Bezüglich der Löhne für die Lehrlinge wendet sich Kollege Jansen gegen eine Erhöhung derselben. Die Kollegen sollten einmal beden- ken, mit welchen Löhnen sie früher als Lehrling abgespeist wurden. Ein reichlich rückständiger Standpunkt für einen freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter, der wohl auch nur noch in der schwarzen Ecke in M.-Gladbach herum möglich sein kann. (D. Red.) Es wurde Jansen entgegengehalten, daß ein Vergleich von früher und heute nicht gezogen werden kann.

Criptsis. Die Mitgliederversammlung vom 1. November nahm Kenntnis von dem neuen Lohnabkommen. Dabei wurde festgestellt, daß es ein schöner Erfolg, wie uns der Hauptvorstand mitteilte, gar keine Leide sein kann. Im Gegenteil ist durch die fortwährend steigende Teue- rungsweite dieses Abkommen schon längst überholt. Es kam folgende Re- sultation zur Annahme:

„Die Jahnstelle Criptsis sieht in dem neuen Tarif keinen Erfolg, son- dern eine Niederlage, und erhebt schärfsten Protest gegen die diktatorischen (Red.) Maßnahmen des Hauptvorstandes und fordert sofort Aufhebung der Arbeitsgemeinschaft.“

Anmerkung des Schriftleiters: Die Mahnung am Schluß des Mitteilungsartikels in Nr. 45 der „Ameise“, bei der Kritik am neuen Tarif ab Lohnabkommen sachlich zu bleiben, scheint in Criptsis auf fruchtbareren Boden gefallen zu sein. Daß die neuen Lohnsätze von der ringförmig fortgeschreitenden Teuerung schon wieder überholt sind, hatte er in besagtem Artikel schon erwähnt. Unverständlich bleibt mir nur, wo- in in der Behandlung dieser Angelegenheit durch den Vorstand dessen diktatorisches Verhalten gefunden werden kann. Ob es einer von den Kollegen in Criptsis weh? Ich glaube kaum; sonst wäre es wohl auch gesagt worden. Aus der Tatsache, daß sich gerade die Kollegen in Criptsis, wenn ich nicht irre, früher begeisterte Anhänger des Diktaturgedankens waren, heute gegen eine Diktatur wenden, die gar nicht einmal besteht, kann wohl gefolgert werden, daß aus den Säulsen nunmehr Paulusse ge- worden sind. — Ueber den Wert oder Unwert der Arbeitsgemeinschaft nicht zu reden, sondern auch darüber, auf welchem Wege Tarifabschlüsse zu- kommen sollen, ohne daß man mit dem Tarifgegner in Verbindung tritt, scheint man sich in Criptsis kuriose Vorstellungen zu machen. Oder wirft man in Criptsis den Caragedanken überhaupt? Unmöglich wäre es schließlich auch nicht.

Literarisches.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 6. Heft vom 1. Band des 40. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Die Einheitsfront der Arbeiter und Angestellten. Von Franz Kaufkötter. — Fragen der Volkswirtschaft. Von A. Ellinger. — Der Kalku- sianismus. Von Will am Hof. — Die Stellung des Arbeitergelangs in der Kultur unserer Zeit. Von Dr. Alfred Guttman. II. (Schluß.) — Zwei Männer — zwei Welten. Von Viktor Schiff. — Literarisches Rundschau: N. Lenin, Zur Frage der Diktatur. Henriette Roland-Holst, Partei und Revolution. Karl Radek, Soll die Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands eine Massenpartei der revolutionären Aktion oder eine zen- tralistische Partei des Wartens sein? E. Barga, Die Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft. E. Parin und E. Krikmann, Wirtschaftslehre und wirt- schaftlicher Aufbau in Sowjet-Rußland 1917 bis 1920. Von Franz Kauf- kötter. Helene Lange, Lebenserinnerungen. Von Henni Lehmann. August Stein, Treuhaus. Von Al. Ernst Jahn, Jonas Guttman. Von E. L. — Notizen: Wiederaufbau der Industrie in den verwüsteten nordfranzösischen Gebieten. — Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 1,50 Mark das Vierteljahr zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur für das Vierteljahr bestellt werden. Das einzelne Heft kostet 1,50 Mk. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Männliche Arbeiter aller Berufe

die gewillt sind, sich gegen Not in Krankheitsfällen zu ver- sichern, können in die

Meißner Zuschußkasse

eintreten.

Die Meißner Zuschußkasse wurde im Jahre 1873 gegründet und untersteht dem Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung. Krankengeld wird von ihr entsprechend der Dauer der Mitgliedschaft bis zu 26 Wochen voll, und weitere 26 Wochen zur Hälfte gewährt. Das volle Kranken- geld beträgt bei einem wöchentlichen Beitrage von 0,50 Mk. bis 2,50 Mk. 12 Mk. bis 60 Mk. pro Woche. Im Todesfalle erhalten die Hinter- bliebenen der Mitglieder ein Sterbegeld bis zum Höchstbetrage von 500 Mk. Die Kasse zählt zurzeit in rund 650 Verwaltungskassen über 45 000 Mitglieder. Ihr Reservefonds hat die Höhe von zwei Millionen Mark erreicht. Die Meißner Zuschußkasse unterhält keine Agenten; sie wird vielmehr von ihren Mitgliedern selbst verwaltet. Beim Vorhanden- sein von mindestens 20 Mitgliedern an einem Orte kann eine örtliche Verwaltungsstelle errichtet werden. Solange an einzelnen Orten die Mit- gliederzahl von 20 noch nicht erreicht ist, unterstehen die vorhandenen Mit- glieder direkt der Hauptverwaltung.

Zu näherer Auskunft ist die

Hauptverwaltung der Meißner Zuschußkasse

in Meissen (Sachsen), Marktstr. 5 jederzeit gern bereit.

Versammlungs-Anzeigen.

Bahreicher Besuch in allen Versammlungen erwünscht.

Berlin-Charlottenburg. Emailemaler. Donnerstag, den 1. De- zember, nachm. 5 Uhr, bei Wollschläger, Adalbertstr. 21, Branchen- versammlung.

Schildermaler. Dienstag, den 29. November, nachm. 5 Uhr, bei Wollschläger, Adalbertstr. 21, Branchenversammlung.

Tiefensart. Sonnabend, den 3. Dezember, abends 8 Uhr, in der Brauerei.

Briefkasten der Redaktion.

S. in R.: Ja.

Quittung.

Für unser krankes Mitglied Paul Rinke gingen folgende Be- träge ein: Annaburg 20,—; Arnstadt 10,—; Arzberg 25,—; Berlin 20,—; Colditz 10,—; Elsterwerda 20,—; Frankfurt a. d. O. 10,—; Gotha 10,—; Gemigsdorf 50,—; Kahla 10,—; Lettin 5,—; Magdeburg 15,—; Miesel- witz 10,—; Mitterteich 20,—; Neuhaldensleben 20,—; Pößau 10,—; Rauenstein 10,—; Rehau 25,—; Schlierbach 25,—; Schönfeld 20,—; Selb 10,—; Teltow 20,—; Tiefensart 20,—; Wobenstrauß 10,—; Wor- damm 10,— Mk. Summa: 475,— Mk.

Die Sammlung ist geschlossen. Allen Gebern besten Dank.

Zahlstelle Weiten. J. A.: H. Warduhn, Kassierer.

Sterbetafel.

Berlin-Charlottenburg. Hildegard Werner, Malerin, geboren am 16. Januar 1893, gestorben am 24. Oktober an Herz- schwäche. Mitglied seit 1918.

Colditz. Anna Silbermann, Dreherin, geboren am 24. März 1894, gestorben am 6. November an Bauchfellentzündung. Mitglied seit 1918.

Preßlig. Babette Förtsch, Dreherin, geboren am 18. März 1897, gestorben am 12. November an Lungentuberkulose. Mitglied seit 1919.

Selb. Johann Wolfrum, Dreher, geboren am 13. Ok- tober 1873 zu Mieschendorf, gestorben nach einjähriger Krankheits- dauer am 3. November an Knochentuberkulose. Mitglied seit 1893.

Teltow. Albert Anders, Arbeiter, geboren am 7. Sep- tember 1872, gestorben am 18. Oktober an Gehirnschlag. Mitglied seit 1918.

Ehreihrem Andenken!

Neuwahl der Zahlstellenverwaltungen für das Jahr 1922.

Im Monat Dezember sind, entsprechend den Bestimmungen des § 28 des Statuts, die Neuwahlen der Zahlstellenverwaltungen vorzunehmen.

Der Vorsitzende, Schriftführer und Kassierer sind, jeder in einem besonderen Wahlgange, zu wählen.

Bei einer Mitgliederzahl von 50 bis 100 ist außerdem ein Beisitzer, für jede weitere angefangene 50 Mitglieder ein weiterer Beisitzer zu wählen. Die Wahl der Beisitzer kann in einem gemeinschaftlichen Wahlgange erfolgen.

In gleicher Weise sind 1 bis 3 Revisoren zu wählen.

Die Wahl von Stellvertretern ist im Statut nicht vorgesehen und demzufolge nicht erforderlich.

Nach § 28, Ziffer 2 des Statuts ist jede Zahlstelle berechtigt, je nach Bedürfnis Unterkassierer zu wählen; diese haben jedoch keinen statutarischen Anspruch auf eine Entschädigung, wie der Kassierer. Die Zahlstelle ist jedoch berechtigt, aus örtlichen Mitteln die Unterkassierer zu entschädigen.

In derselben Versammlung, in der die Verwaltungsmitglieder gewählt werden, ist auch der Empfänger des Verbandsorgans, „Die Ameise“, zu bestimmen.

Wählbar in die Verwaltung usw. sind alle Mitglieder, die mindestens drei Monate dem Verbandsangehörigen. (Bei neugegründeten Zahlstellen bleibt diese Bestimmung außer Anwendung.) Der Vorsitzende und der Schriftführer müssen beide großjährig sein, weil sie beide gemeinschaftlich für die Zahlstelle zu zeichnen haben.

Jeder Gewählte ist zur Annahme der Wahl verpflichtet. Nur Mitglieder, die bereits ein Jahr lang der Verwaltung angehört haben oder als Revisoren tätig waren, sind allein berechtigt, abzulehnen; Wiederwahl ist aber zulässig.

Mit Nr. 47 der „Ameise“ erhalten die Organempfänger jeder Zahlstelle ein Formular, in welches die Mitgliedsnummer und Namen der Gewählten in deutlich lesbarer Schrift und mit genauer Angabe der Wohnung (Straße und Hausnummer) einzutragen sind. Dieses Formular ist von der Verwaltung mit Stempel und Unterschrift zu versehen und (spätestens bis zum 9. Januar 1922) an den Verbandschriftführer Albin Karl, Charlottenburg, Rosinenstr. 4, einzusenden.

Auch die neugegründeten Zahlstellen wollen solch ausgefülltes Formular wieder miteinsenden.

Um die Fertigstellung des Adressenverzeichnisses sobald als möglich bewirken zu können, wird ersucht, die vorstehend gestellte Frist zur Einsendung des Wahlformulars strikt innehalten zu wollen.

Das Verbandsbureau.

Zur Beachtung für die Kassierer!

Die (graue) Zählkarte für die Arbeitslosenzählung pro November ist am Sonntag, den 26. November, auszufüllen und sofort, spätestens bis zum 3. Dezember, einzusenden.

Das Verbandsbureau.

Adressen-Änderungen.

Brattendorf bei Eisfeld (Thürg.). Kass.: Fridol. Sehd, Stanzler, Merbelrod.

Wesel a. Rh. Kassierer: Josef Schiefer, Sieher, Abelstr. 5.

Arbeitsmarkt.

Offertbriefe, denen kein frankiertes Kuvert beiliegt, werden nicht weiter befördert.

Schriftmaler auf Apothekezustandgefäße, ledig, in Privatmanufaktur gelernt, sucht Stellung im In- oder Ausland; eventuell wo Suchendem Gelegenheit geboten wird, sich auf Glaschilder einzuarbeiten.

Offerten unter „A. R. 8“ an die Redaktion der „Ameise“.

Gesucht zum sofortigen Antritt mehrere tüchtige Selderdreher, möglichst unverheiratet.

Angebote an die Redaktion der „Ameise“ unter „S. 3“.

Tüchtiger, sauber arbeitender Formengießer, für Gebrauchsgeschirr, zum sofortigen Eintritt gesucht. Wegen Wohnungsmangel Unverheiratete bevorzugt.

Angebote unter „P. 2“ an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

Ein tüchtiger Glasierer für große Artikel wird zu baldigem Antritt gesucht. Wegen Wohnungsmangel Ledige bevorzugt.

H. Schomburg & Söhne, A.-G., Rosslau (Anhalt), Porzellanfabrik.

Junger Porzellanmaler, mit allen Arbeiten vertraut, insbesondere in reifen Bändern und Stempeldokoren, sucht Stellung. Gute Zeugnisse zur Verfügung.

Offerten erbeten unter „P. 1“ an die Redaktion der „Ameise“.

Tüchtige gelernte Dreher und Sieber stellen sofort ein E. & E. Carstens, Georgenthal in Thüringen.

Selderdreher verh. an sauberes Arbeiten gewöhnt, sucht Stellung. Best. Angebote unter „Selderdreher“ an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

Tüchtiger, lediger Selderdreher per sofort gesucht.

Porzellanfabrik Brambach, Sa.

Lediger Formgießer der auch leichte Sachen (Tassen) einrichten kann, per sofort gesucht.

Porzellanfabrik Brambach, Sa.

Einige tüchtige Steingutdreher sofort verlangt. Angebote unter „B. 5“ an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

Steingutdreher, 36 Jahre, ledig, in allen Arbeiten firm, sucht baldige Stellung.

Angebote unter „W. 5“ an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

Tüchtige Formengießer für Gebrauchsgeschirrabteilung per sofort gesucht. Ledige wegen Wohnungsmangel bevorzugt. Lohn nach bestehendem Tarif.

Offerten unter „B. 3“ an die Redaktion der „Ameise“.

Wir suchen zum sofortigen Eintritt

8 bis 10 gelernte Dreher

für Hoch- und Niederspannungsisolatoren.

Angebote erbeten an die Personalabteilung der Porzellanfabrik Hermsdorf, Hermsdorf, S.-A.

Puppenkopfgießer, Kapseldreher und Brenner, wegen Wohnungsmangel ledige bevorzugt, werden eingestellt.

Kestner & Co., Porzellanfabrik, Ohrdruf i. Thüringen.

Erstklassiger Maler für Holzspielwaren sofort gesucht.

Offerten unter „A. B.“ an die Redaktion der „Ameise“.

Wir suchen zum sofortigen Eintritt je einen jüngeren perfekten Formengießer und Formeneinrichter. — Angebote mit Wohnansprüchen, Zeugnisabschriften und Angabe des frühesten Eintrittstermines erbeten an die

Schramberger Majolikafabrik, S. m. b. H., Schramberg i. Württemberg.

Tüchtiger, lediger Porzellanmaler, für Blumendekore zum sofortigen Antritt gesucht.

Meldungen unter „A. G. 3“ an die Red. der „Ameise“ erbeten.

Einige Geschirrdreher für Hoch- und Flachgeschirr finden dauernde Beschäftigung.

Zwickauer Porzellanfabrik, Zwickau i. Sa.

Ein tüchtiger Formgießer, der im Einrichten von Modellen bewandert ist, wird gesucht. Wegen Wohnungsmangel erhalten Ledige den Vorzug.

Porzellanfabrik H. Schomburg & Söhne, A.-G., Rosslau (Anhalt).

Geschäfts-Anzeigen.

Emil Böhme & Eisenberg S.-A.

Edelgoldgeschäft für Glanzgold, Goldschmuck u. alle goldhaltigen Sachen. Beste Qualität dieser Art. Neue u. nützliche Erfindungen.

Man verlange Prospekte.

Goldschmuck, goldhaltige Lappen, Nische, Flaschen und Winkel, kaufte ständig bei reeller Bedienung zu höchsten Tagespreisen.

Oskar Rottmann, Stadtlm in Thüringen.

Goldhaltige Schmiere — Lappen — Nische — Winkel — Flaschen — Wärrückstände usw. zum Einschmelzen kaufte

M. Köhler, Dresden-A., Gerichtsstr. 8, II.

Reelle Bedienung. — Höchste Preise. — Sofort Kasse.

Alles staunt über die hohen Preise, die ich für Goldabfälle, wie Nische, Schmiere, Lappen, Winkel, Flaschen zahle.

Zahle für leere Glanzgoldflaschen mit Stöpsel, 10 Gr., 20—30 Pf.

Poliergoldflaschen 10 " 25—50 "

je "nach" Inhalt. — Darum schickt "alles" zu

H. Lauchhammer, Witzau b. Zwickau, Sa.

Begr. 1896.		Gold, Platin und Silberabfälle aller Art		Gold-, Platin-, Silberpreis auf Antrag
Beste Bedienung.				
		Reelle schnelle Bedienung		
		Sofort Zwickau i. S., Osterweihstr. 32.		

Goldhaltige Lappen — Nische — Schmiere Winkel, Paletten, Näpfe, leere Goldflaschen

(mit Stöpsel zahle 10—20 Pf., je nach Gehalt, bei größeren auch bedeutend mehr), überhaupt alle Wärrückstände und ausgebranntes Gold kaufte die Scheideanstalt von

Max Haupt, Dresden-A., Bönißch-Platz 17.

Goldflaschen :: Lappen :: Schmiere

sowie ausgebranntes Gold kaufte zu den höchsten Preisen

Emil Theimer, Langewiesen b. Jm., Thür.

Gedabfälle aller Art, wie Lappen — Schmiere — Nische — Flaschen usw., auch ausgebranntes Gold kaufte stets zu höchsten Tagespreisen

Christoph Geier, Höchstädt b. Chiersheim, Oberfranken.

Malergold, ausgebrannt, bis 80,— Mk. pro Gramm, Goldschmelze, bis 36,— Mk. pro Gramm, kaufte ständig zu dem höchsten Tagespreise

Goldarbeiter A. Seyer, Selb i. Bayern, Mühlstr. 4.

Herausg. v. Verband d. Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen

Redaktion: Joh. Schneider, Charlottenburg, Rosinenstr. 4

Verlag: Wilhelm Herben, Charlottenburg, Rosinenstr. 4

Druck von E. Janiszewski, Berlin SO., Elisabeth-Str. 20